

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

FACHSERIE

1

Reihe 1.5

Staatsangehörigkeit

1978



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 2010150 – 78700

Statist. Bundesamt - Bibliothek



10-13688

Erschienen im Dezember 1979

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 2,30

Inhalt

	Seite
Einführung	4
Schaubild	
Einbürgerungen aufgrund ausgewählter Rechtsgrundlagen 1966 bis 1978	6
T a b e l l e n t e i l	
1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund ausgewählter Rechtsgrundlagen 1970 bis 1978	7
2 Eingebürgerte Personen 1978 nach Rechtsgrund und Ländern	8
3 Eingebürgerte Personen 1978 und 1977 nach der früheren Staatsangehörigkeit	10
4 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen, Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche 1978 sowie Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörig- keit durch Erklärungen aufgrund des 2. StaRegG 1977 nach Ländern	11
5 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des Art. 3 RuStÄÄndG 1974 im Jahre 1978 nach Ländern	11
6 Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1978 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern	11

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden

Abkürzungen

- BGBI. = Bundesgesetzblatt
- RGBl. = Reichsgesetzblatt
- i.d.F. = in der Fassung

Einführung

Der vorliegende Bericht enthält die aufgrund der Erhebungen der Innenminister bzw. -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamts zusammengestellten Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1978.

In den Tabellen 1, 2, 4 und 5 werden die Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung erworben haben, nach dem Rechtsgrund nachgewiesen.

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung

Die Einbürgerungen erfolgen überwiegend nach den Bestimmungen der §§ 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101) sowie nach § 6 des (1.) Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (1. StaRegG) vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65). Diese sowie die weiteren in Betracht kommenden Vorschriften besagen, im einzelnen folgendes:

§§ 8 (Einbürgerung von Ausländern) und 9 (Einbürgerung von Ehegatten Deutscher)

RuStAG:

In diesen Fällen hängt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit neben der Niederlassung in Deutschland, der Geschäftsfähigkeit, der Unbescholtenheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Regel von einem rechtmäßigen Inlandsaufenthalt von mindestens 10 Jahren - bei Einbürgerungen nach § 9 von nur 5 Jahren und die Ehe soll 2 Jahre bestehen - und dem Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit ab; nach § 9 ist der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit zwingende Voraussetzung für eine Einbürgerung.

§ 6 des (1.) StaRegG:

Nach dieser Vorschrift muß derjenige, der aufgrund von Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, auf seinen Antrag hin eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

§ 10 RuStAG:

- a) i.d.F. von Art. 1, des Gesetzes zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAGÄndG 1974) vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3714): Danach war das nichteheliche minderjährige Kind eines Deutschen einzubürgern, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt war und das Kind seit 5 Jahren seinen dauernden Aufenthalt im Inland hatte.
- b) i.d.F. von Art. 4 des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit: Nach dieser Fassung ist das nichteheliche Kind eines Deutschen einzubürgern, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist, das Kind seit 3 Jahren rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt im Inland hat und den Antrag vor der Vollendung des 23. Lebensjahres stellt.

Art. 4 RuStAGÄndG 1974:

Nach dieser Bestimmung stand der Anspruch auf Einbürgerung nach § 10 RuStAG in der Fassung des Änderungsgesetzes bis zum Ablauf von 3 Jahren nach dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes - und damit in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis zum 31. Dezember 1977 - auch dem nach dem 31. März 1953 geborenen volljährigen Kind zu.

§ 13 RuStAG:

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen.

§§ 8, 9 und 11 des (1.) StaRegG:

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden.

§ 12 des (1.) StaRegG i.d.F. des Art. III des 3. StaRegG vom 19. August 1957 (BGBl. I S. 1251):

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31.12.1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG vom 23. Mai 1949
(BGBI. I S. 1):

Nach dieser Vorschrift sind frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern.

§ 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942
(RGBl. I S. 40):

Aufgrund dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Art. 2, des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit:

Nach dieser Vorschrift ist ein seit Geburt Staatenloser bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auf seinen Antrag einzubürgern.

Erwerb der Deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung

Durch Erklärung wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Berichtsjahr fast ausschließlich aufgrund des am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Art. 3 RuStAÄndG 1974 erworben. Diese

Vorschrift und das ebenfalls in Betracht kommende Zweite Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (2. StaRegG) vom 17. Mai 1956 (BGBI. I S. 431) besagen folgendes:

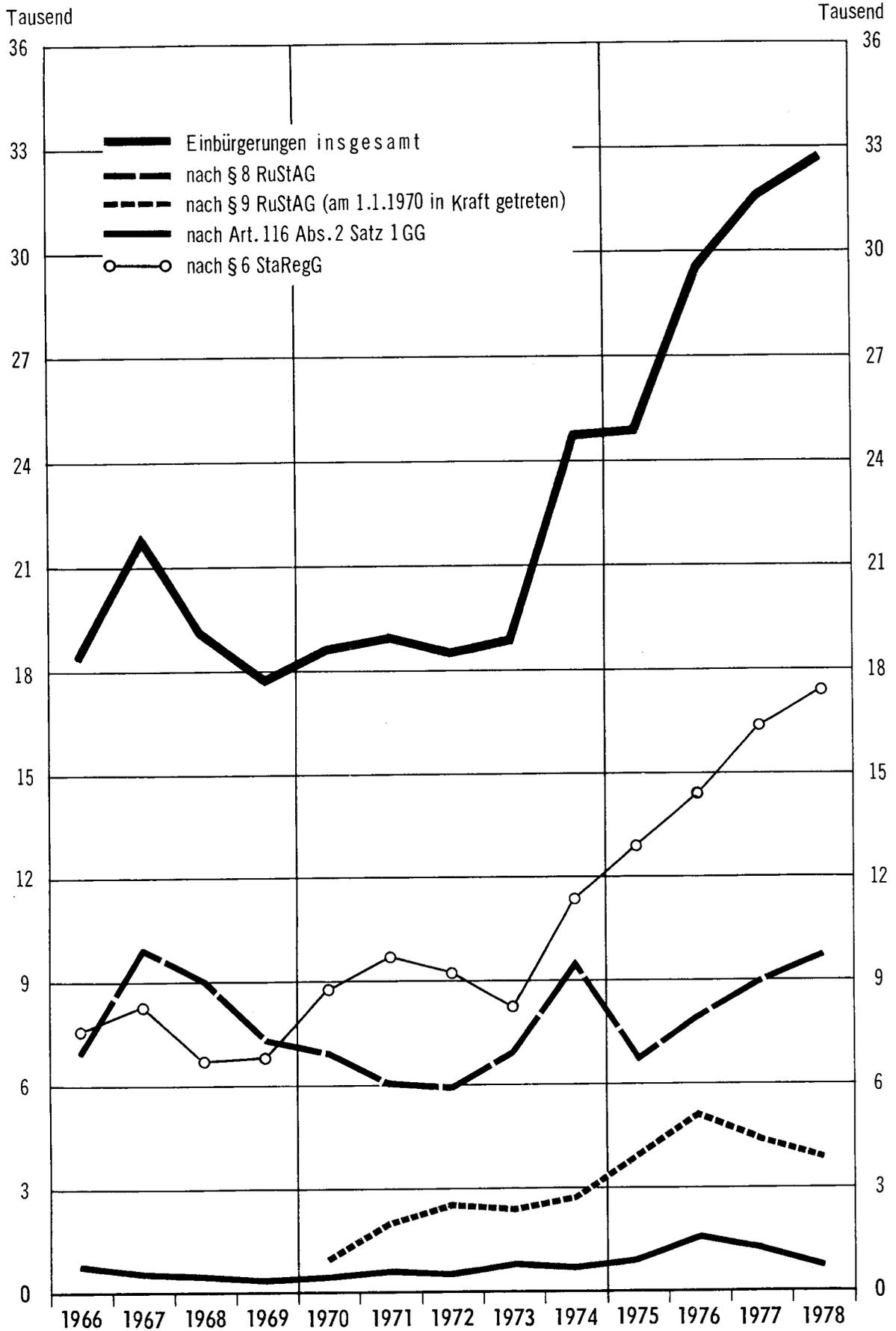
Art. 3 RuStAÄndG 1974

Nach dieser Bestimmung konnten alle Kinder, die nach dem 31. März 1953, aber vor Inkrafttreten dieses Gesetzes (1. Januar 1975) in Ehen zwischen einer Deutschen und einem Ausländer geboren wurden, durch einfache Erklärung die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dieses Recht stand auch dem nicht-ehelich geborenen Kind zu, das durch eine von einem Ausländer bewirkte und nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation seine durch Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatte. Das Erklärungsrecht konnte nur bis zum Ablauf von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, also bis zum 31. Dezember 1977, ausgeübt werden.

Zweites StaRegG:

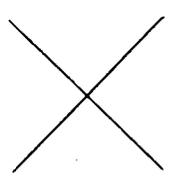
Dieses Gesetz regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

EINBÜRGERUNGEN AUFGRUND AUSGEWÄHLTER RECHTSGRUNDLAGEN



Statistisches Bundesamt 79 0525

1 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgrund
ausgewählter Rechtsgrundlagen

Jahr	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit													
	Personen insgesamt		darunter durch										Erklärung	
			Einbürgerung											
			aufgrund von											
§ 8 RuStAG		§ 9 RuStAG		Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG		§ 6 StaRegG		Art. 3 RuStAÄndG ¹⁾ 1974						
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1970	18 586	100	6 965	37,5	898	4,8	414	2,2	8 822	47,5				
1971	18 914	100	6 048	32,0	2 008	10,6	553	2,9	9 651	51,0				
1972	18 645	100	5 973	32,0	2 487	13,3	525	2,8	9 254	49,6				
1973	18 858	100	6 976	37,0	2 412	12,8	759	4,0	8 336	44,2				
1974	24 744	100	9 566	38,7	2 743	11,1	663	2,7	11 369	46,0				
1975	79 926	100	6 657	8,3	3 887	4,9	909	1,1	12 948	16,2			55 001	68,8
1976	64 977	100	7 854	12,1	5 113	7,9	1 528	2,4	14 359	22,1			35 496	54,6
1977	83 444	100	8 962	10,7	4 406	5,3	1 306	1,6	16 358	19,6			51 812	62,1
1978	52 295	100	9 815	18,8	4 046	7,7	779	1,5	17 381	33,2	19 585	37,5		

1) Erst am 1.1.1975 in Kraft getreten.

Personen- gruppe 1)	Einbür und zwar auf													
	ins- gesamt	§ 8	§ 9	§ 10	§ 13	Art. 4 RuStA ÄndG 1974	§ 1 der VO vom 20.1.1942 - RGBL. I S. 40 -	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	§ 9 Abs. 1			
		RuStAG							des (1.) StaRegG					
		1	2	3	4				5	6	7	8	9	10
											Schleswig-			
Männer ..	139	71	39	1	9	-	-	-	19	-	-			
Frauen ..	150	64	41	1	7	-	-	-	37	-	-			
Kinder ..	52	32	-	4	3	-	-	-	11	-	-			
Zusammen.	341	167	80	6	19	-	-	-	67	-	-			
											Ham			
Männer ..	377	149	65	-	5	-	-	13	136	2	4			
Frauen ..	362	117	56	-	4	-	-	7	165	3	4			
Kinder ..	181	72	-	5	2	-	-	6	95	-	1			
Zusammen.	920	338	121	5	11	-	-	26	396	5	9			
											Nieder			
Männer ..	518	187	139	-	4	-	-	9	174	2	-			
Frauen ..	467	154	93	1	6	-	-	11	195	2	1			
Kinder ..	256	104	-	11	-	-	-	14	117	-	-			
Zusammen.	1 241	445	232	12	10	-	-	34	486	4	1			
											Bre			
Männer ..	102	50	26	-	1	-	-	4	21	-	-			
Frauen ..	92	38	13	1	4	-	-	2	33	-	-			
Kinder ..	55	44	-	-	2	-	-	-	9	-	-			
Zusammen.	249	132	39	1	7	-	-	6	63	-	-			
											Nordrhein-			
Männer ..	2 665	1 068	579	-	14	1	-	53	935	-	-			
Frauen ..	2 298	774	358	3	12	3	6	38	1 094	-	1			
Kinder ..	1 329	416	-	34	5	-	2	35	833	-	-			
Zusammen.	6 292	2 258	937	37	31	4	8	126	2 862	-	1			
											Hes			
Männer ..	1 241	594	237	3	7	-	-	54	335	-	1			
Frauen ..	1 077	498	174	1	1	-	-	45	356	-	-			
Kinder ..	573	295	-	4	4	-	-	27	243	-	-			
Zusammen.	2 891	1 387	411	8	12	-	-	126	934	-	1			
											Rheinland-			
Männer ..	606	187	113	-	1	-	-	11	292	-	-			
Frauen ..	562	133	86	-	2	-	-	6	334	-	-			
Kinder ..	364	82	-	9	-	-	-	15	257	-	-			
Zusammen.	1 532	402	199	9	3	-	-	32	883	-	-			
											Baden-			
Männer ..	4 024	943	454	3	2	-	-	17	2 580	12	4			
Frauen ..	3 598	765	421	2	10	-	-	14	2 368	11	2			
Kinder ..	2 365	594	-	37	3	-	-	13	1 704	7	1			
Zusammen.	9 987	2 302	875	42	15	-	-	44	6 652	30	7			
											Bay			
Männer ..	2 957	704	389	8	2	18	2	21	1 787	10	9			
Frauen ..	2 882	609	353	3	5	8	2	10	1 870	8	4			
Kinder ..	1 476	293	-	55	2	-	-	12	1 105	4	3			
Zusammen.	7 315	1 606	742	66	9	26	4	43	4 762	22	16			
											Saar			
Männer ..	195	99	67	-	-	-	-	1	27	1	-			
Frauen ..	127	69	32	-	1	-	-	3	21	-	-			
Kinder ..	92	65	-	2	5	-	-	4	16	-	-			
Zusammen.	414	233	99	2	6	-	-	8	64	1	-			
											Berlin			
Männer ..	542	250	113	1	3	-	-	66	81	5	1			
Frauen ..	563	183	198	1	10	-	-	59	89	4	-			
Kinder ..	228	112	-	13	5	-	-	56	42	-	-			
Zusammen.	1 333	545	311	15	18	-	-	181	212	9	1			
											Bundesver			
Männer ..	98	-	-	-	9	-	1	74	-	-	3			
Frauen ..	56	-	-	-	7	-	3	38	-	-	2			
Kinder ..	41	-	-	-	-	-	-	41	-	-	-			
Zusammen.	195	-	-	-	16	-	4	153	-	-	5			
											Insg			
Männer ..	13 464	4 302	2 221	16	57	19	3	323	6 387	32	22			
Frauen ..	12 234	3 404	1 825	13	69	11	11	233	6 562	28	14			
Kinder ..	7 012	2 109	-	174	31	-	2	223	4 432	11	5			
Insgesamt	32 710	9 815	4 046	203	157	30	16	779	17 381	71	41			

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Kinder sind Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

nach Rechtsgrund und Ländern*)

gerungen				Von den Einbürgerungen waren		Von den Eingebürgerten waren			Personen- gruppe 1)
Grund von				Ermessens- Anspruchs- einbürgerungen		frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer (Ges. v. 25.4.1951 - BGBl. I S. 269)	ausländische Flüchtlinge nach dem Abkommen vom 28.7.1951 - BGBl. II/53 S. 559 -	
§ 9 Abs. 2	§ 11	§ 12 2) Abs. 1	Art. 2 Ges. z. Verminder- ung der Staaten- losigkeit vom 29.6.1977	Spalten 2,3,5,7 und 11	Spalten 4,6,8-10 und 12-15				
12	13	14		15	16	17	18	19	
Holstein									
-	-	-	-	119	20	9	10	19	Männer
-	-	-	-	112	38	23	13	14	Frauen
-	-	-	2	35	17	-	3	6	Kinder
-	-	-	2	266	75	32	26	39	Zusammen
burg									
-	-	3	-	223	154	47	24	50	Männer
-	-	6	-	181	181	77	22	28	Frauen
-	-	-	-	75	106	1	9	15	Kinder
-	-	9	-	479	441	125	55	93	Zusammen
sachsen									
-	-	2	1	330	188	14	48	28	Männer
-	-	2	2	254	213	45	39	26	Frauen
-	-	5	5	104	152	1	15	7	Kinder
-	-	9	8	688	553	60	102	61	Zusammen
men									
-	-	-	-	77	25	4	5	4	Männer
-	-	1	-	55	37	11	3	2	Frauen
-	-	-	-	46	9	-	-	1	Kinder
-	-	1	-	178	71	15	8	7	Zusammen
Westfalen									
-	-	6	9	1 661	1 004	67	155	126	Männer
-	-	2	7	1 151	1 147	139	111	61	Frauen
-	-	-	4	423	906	16	18	26	Kinder
-	-	8	20	3 235	3 057	222	284	213	Zusammen
sen									
1	-	8	1	839	402	12	72	171	Männer
-	-	2	-	673	404	34	48	133	Frauen
-	-	-	-	299	274	-	18	64	Kinder
1	-	10	1	1 811	1 080	46	138	368	Zusammen
Pfalz									
-	-	2	-	301	305	11	55	50	Männer
-	-	1	-	221	341	33	27	38	Frauen
-	-	1	-	82	282	-	1	18	Kinder
-	-	4	-	604	928	44	83	106	Zusammen
Württemberg									
2	-	6	1	1 403	2 621	36	131	320	Männer
-	-	3	2	1 198	2 400	124	98	224	Frauen
-	-	3	3	598	1 767	2	25	128	Kinder
2	-	12	6	3 199	6 788	162	254	672	Zusammen
ern									
2	-	3	2	1 106	1 851	91	210	200	Männer
-	-	5	5	973	1 909	121	159	167	Frauen
1	-	-	1	298	1 178	9	30	74	Kinder
3	-	8	8	2 377	4 938	221	399	441	Zusammen
land									
-	-	-	-	166	29	-	10	17	Männer
-	-	1	-	102	25	6	8	5	Frauen
-	-	-	-	70	22	-	-	-	Kinder
-	-	1	-	338	76	6	18	22	Zusammen
(West)									
-	-	22	-	367	175	63	8	59	Männer
-	-	19	-	391	172	102	7	32	Frauen
-	-	-	-	117	111	3	-	13	Kinder
-	-	41	-	875	458	168	15	104	Zusammen
waltungsamt									
2	-	9	-	13	85	50	-	-	Männer
1	-	5	-	12	44	38	-	-	Frauen
-	-	-	-	-	41	-	-	-	Kinder
3	-	14	-	25	170	88	-	-	Zusammen
samt									
7	-	61	14	6 605	6 859	404	728	1 044	Männer
1	-	47	16	5 323	6 911	753	535	730	Frauen
1	-	9	15	2 147	4 865	32	119	352	Kinder
9	-	117	45	14 075	18 635	1 189	1 382	2 126	Insgesamt

2) I.d.F. des Art. III des Dritten StaReG vom 19.8.1957.

3 Eingebürgerte Personen nach der früheren Staatsangehörigkeit*¹⁾

Staatsangehörigkeit (alter Heimatstaat)	1978				1977			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder ¹⁾
Europäische Staaten								
Belgien	73	25	35	13	75	34	29	12
Bulgarien	131	69	47	15	149	97	40	12
Dänemark	17	3	13	1	18	7	8	3
Estland	5	4	1	-	8	5	2	1
Frankreich	309	141	126	42	304	141	124	39
Griechenland	419	249	113	57	421	252	91	78
Großbritannien und Nordirland	231	76	114	41	221	100	94	27
Italien	1 121	611	288	222	1 102	666	241	195
Jugoslawien	3 792	1 536	1 398	858	4 661	1 883	1 776	1 002
Lettland	33	26	7	-	23	14	9	-
Litauen	19	13	3	3	7	3	3	1
Luxemburg	12	3	5	4	10	4	4	2
Niederlande	275	119	118	38	259	117	96	46
Norwegen	26	9	7	10	6	4	2	-
Österreich	1 204	524	479	201	1 287	593	477	217
Polen	2 601	1 099	1 092	410	2 809	1 226	1 192	391
Rumänien	7 234	2 603	2 988	1 643	6 142	2 181	2 517	1 444
Schweiz	32	14	11	7	36	18	11	7
Sowjetunion	3 660	1 113	1 317	1 230	3 355	1 063	1 180	1 112
Spanien	277	99	94	84	282	128	90	64
Tschechoslowakei	3 155	1 352	1 189	614	1 636	774	634	228
Türkei	317	154	94	69	257	116	72	69
Ungarn	2 234	1 074	712	448	2 547	1 228	824	495
Sonst. europ. Staaten.	168	50	77	41	187	83	71	33
Außereuropäische Staaten								
Argentinien	144	55	60	29	208	99	72	37
Australien einschl. Neuseeland	84	43	28	13	112	52	40	20
Bolivien	23	13	8	2	22	10	5	7
Chile	63	28	27	8	72	33	28	11
China (Taiwan)	19	8	9	2	26	16	6	4
China, Volksrepublik..	39	17	14	8	39	17	14	8
Indien	151	102	32	17	187	107	32	48
Indonesien	54	23	22	9	67	26	21	20
Israel	476	223	156	97	477	232	164	81
Kanada	26	12	13	1	53	19	22	12
Korea, Dem.Volksrep. .	18	3	14	1	18	6	6	6
Korea, Republik	217	22	168	27	338	32	155	151
Philippinen	27	5	21	1	17	2	15	-
Südafrika	526	210	190	126	766	311	262	193
Uruguay	53	20	15	18	41	26	11	4
Vereinigte Staaten von Amerika	204	78	99	27	199	75	91	33
Ägypten	207	155	21	31	142	122	10	10
Algerien	32	21	1	10	37	33	4	-
Irak	83	74	4	5	97	87	6	4
Jordanien	105	79	5	21	64	47	2	15
Libanon	30	23	3	4	31	21	5	5
Marokko	22	13	7	2	16	12	2	2
Syrien	170	127	12	31	145	119	9	17
Tunesien	19	10	7	2	17	10	5	2
Sonst. arab. Staaten ²⁾	19	14	1	4	1	1	-	-
Sonst. afrik. Staaten.	59	37	14	8	37	21	11	5
Sonst. amerik. Staaten	165	68	75	22	247	85	95	67
Sonst. asiat. Staaten.	284	169	60	55	259	146	46	67
Zusammen ...	30 664	12 618	11 414	6 632	29 537	12 504	10 726	6 307
Ohne Angaben des Heimatstaates								
Staatenlos	1 768	737	707	324	1 808	723	766	319
Ungeklärt	278	109	113	56	287	132	94	61
Zusammen ...	2 046	846	820	380	2 095	855	860	380
Insgesamt ...	32 710	13 464	12 234	7 012	31 632	13 359	11 586	6 687

*¹⁾ Bearbeitende Dienststellen: Innenministerium bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

¹⁾ Kinder sind Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

²⁾ Arabische Republik Jemen, Bahrain, Demokratische Volksrepublik Jemen, Fudscheira, Libyen, Oman und Saudi-Arabien.

4 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen,
Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1978 sowie Erwerb und Fortbestand der deutschen
Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. StaRegG 1977 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle (Innenminister bzw. - senator des Landes, Bundesverwaltungsamt)	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen		Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche		Erklärungen aufgrund	Erteilte Urkunden über den	
	insgesamt	insgesamt	darunter Staatsangehörigkeitsausweise	des 2. StaRegG vom 17.5.1956	Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit (§ 6)	
						des 2. StaRegG	
Schleswig-Holstein	341	1 067	1 017	-	-	-	1
Hamburg	920	2 120	1 333	-	-	-	-
Niedersachsen	1 241	2 769	2 679	-	-	-	-
Bremen	249	372	232	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	6 292	4 827	4 547	-	-	-	-
Hessen	2 891	2 577	2 520	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	1 532	2 042	2 020	-	-	-	-
Baden-Württemberg	9 987	59 680	57 662	-	-	-	-
Bayern	7 315	131 508	129 478	6	15	-	1
Saarland	414	1 499	1 492	-	-	-	-
Berlin (West)	1 333	1 900	1 891	-	-	-	-
Bundesverwaltungsamt	195	1 459	1 458	-	-	-	-
Insgesamt ...	32 710	211 820	206 349	6	15	-	2

5 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des Art. 3 RuStAÄndG 1974
im Jahre 1978 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle (Innenminister bzw. -senator des Landes, Bundesverwaltungsamt)	Insgesamt	Davon aufgrund des		
		Abs. 1 Satz 1	Abs. 1 Satz 2	Abs. 10
Schleswig-Holstein	610	591	-	19
Hamburg	577	577	-	-
Niedersachsen	2 180	2 106	74	-
Bremen	74	12	62	-
Nordrhein-Westfalen	6 254	6 254	-	-
Hessen	2 937	2 898	39	-
Rheinland-Pfalz	1 007	1 007	-	-
Baden-Württemberg	2 628	.	.	.
Bayern	740	740	-	-
Saarland	697	697	-	-
Berlin (West)	1 310	1 223	86	1
Bundesverwaltungsamt	571	571	-	-
Insgesamt ...	19 585	.	.	.

6 Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1978
nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen												
	insgesamt	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesverwaltungsamt
Belgien	79	1	-	10	1	31	1	3	6	5	5	2	14
Israel	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-
Jugoslawien	5	-	-	-	-	2	1	-	-	1	-	1	-
Niederlande	5	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-
Norwegen	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Österreich	2	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-
Peru	2	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-
Polen	11	-	-	-	-	7	4	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ...	107	3	-	11	1	46	6	3	8	7	5	3	14

